

Mitglieder der Arbeitsgruppe Christlicher Religionsunterricht (AG CRU):

Kathrin Brauner kathrin.brauner@gmx.net

Barbara Kursawe barbara.kursawe@t-online.de

Gudrun Machens machens20042000@yahoo.de

Winfried Quecke winfried@quecke.org

Statement 1

Wir können uns erst bei dieser Sitzung auch mit dem Punkt „Christlicher Religionsunterricht in Niedersachsen“ (CRU) befassen. Im Vorfeld wurde uns mitgeteilt, dass es dabei aber nur um die konkrete Ausgestaltung des CRU gehen könne, da die Entscheidung für die Einführung des CRU und die damit verbundene flächendeckende Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichts bereits gefallen sei. Es befremdet uns, wenn dagegen auf der aktuellen Internetseite zum christlichen Religionsunterricht Formulierungen stehen wie: „**Beratung**“ und „**Vorschlag**“ eines gemeinsam verantworteten christlichen Religionsunterricht“. Uns befremdet besonders, dass bei einer solchen Grundsatzfrage mit so weitreichenden Folgen vorhandene Laiengremien nicht vorher befasst wurden, ebensowenig wie Verbände im Bildungsbereich. In erster Linie denken wir hier an den Landeskatholikenausschuss Niedersachsen (Religionsunterricht ist Ländersache), aber auch an die Verbände der Religionslehrkräfte, der katholischen Eltern und den BDKJ. Diese Verbände sind in den Gremien und Räten vertreten. Insbesondere im Hinblick auf unseren Tagesordnungspunkt Synodalität „als Grundkultur der Kirche“, um die es dem Papst geht, wie Bischof Heiner Wilmer und der Diözesanratsvorsitzende Christian Heimann in dem Brief an die Gemeinden formuliert haben, halten wir dies für ein schlechtes Zeichen. Natürlich werden wir unserer Verantwortung gerecht und werden uns der Diskussion um die konkrete Ausgestaltung des CRU nicht verweigern. Aber solche Grundsatzentscheidungen ohne Einbeziehung gewählter Laiengremien zu treffen, geht in einer synodalen Kirche nicht.

Statement 2

1. Wir haben als Arbeitsgruppe aus verschiedenen Perspektiven unsere Fragen und Anmerkungen zum Christlichen Religionsunterricht zusammengetragen.

Einige von uns sind oder waren als Religionslehrerinnen und -lehrer im Bistum Hildesheim tätig, kennen die Arbeit an katholischen und an staatlichen Schulen. Aber alles was wir sagen, betrifft nicht nur die Religionslehrerinnen und -lehrer, sondern uns alle – sei es, dass sie Kinder haben, oder Enkelkinder – und auf diese Weise mit dem Religionsunterricht zu tun haben.

Aktuell ist konfessioneller als auch konfessionell kooperativer Religionsunterricht in Niedersachsen möglich. Der kooperative Unterricht in einem klar abgesteckten zeitlichen Rahmen.

Der gemeinsam verantwortete Religionsunterricht soll flächendeckend in ganz Niedersachsen eingeführt werden. Es wird dann keinen katholischen Religionsunterricht oder evangelischen Religionsunterricht mehr geben.

In unserem Flächenland Niedersachsen gibt es große regionale Unterschiede. Da ist das katholische Eichsfeld und das katholische Emsland. Und da ist die Großstadt Hannover.

Wo ist die Notwendigkeit, flächendeckend – auch an katholischen Schulen – den christlichen Religionsunterricht einzuführen?

Da, wo der konfessionelle Unterricht möglich ist, sollte er erhalten bleiben.

2. Grundsätzliche religionsspezifische Glaubensüberzeugungen sollen jetzt auch von einer Lehrkraft unterrichtet werden, die dieser Konfession nicht angehört. Lehrkräfte der anderen Konfession können bestimmte Inhalte, die sie selbst nicht vertreten, nicht authentisch unterrichten. Besonders bei Fragen, die die Konfessionen trennen:

- Sakramente
- Weiheämter
- Lebensform der Priester
- Abendmahl und Eucharistie
- Papstamt.

Damit verlieren die Lehrkräfte an Überzeugungs- und Strahlkraft für Kinder und Jugendliche, die in diesen Fragestellungen ein sehr feines Gespür haben, ob die Lehrkraft zu dem, was sie vermittelt, innerlich steht.

Es geht hier um Authentizität im pädagogischen Prozess. Jugendliche und Kinder brauchen Lehrkräfte mit Positionen.

Im Positionspapier steht: „ Verfassungsrechtlich ist es erforderlich, ... dass der Religionsunterricht auf dem Fundament des jeweiligen Bekenntnisses steht“.

Das ist an sich gut. Aber weiter heißt es: „Die evangelischen und katholischen Bistümer stellen eine weitreichende und wachsende Übereinstimmung in den für den Religionsunterricht relevanten Bekenntnis- und Lehrfragen fest.“ (S.3)

Was ist mit den wesentlichen Unterschieden

- beim Verständnis der Sakramente,
- bei Heiligen- und Marienverehrung,
- bei der Abendmahlsgemeinschaft und der Eucharistie
- beim Anerkennen der Autorität des Papstes.

Wir befürchten, dass bei den Inhalten des künftigen gemeinsamen Religionsunterrichtes vor allem katholische Inhalte und Akzente nicht mehr beachtet oder verwässert werden, besonders in den Bereichen, in denen die jeweilige Konfession eine Minderheit ist, sich also in der Diasporasituation befindet.

3. Im Positionspapier steht: „Die ökumenische Grundhaltung der beteiligten evangelischen Kirchen und katholischen Bistümer ermöglicht die gemeinsame Weiterentwicklung des konfessionellen RU, auch als Beitrag zu einer vertieften Ökumene“ (S.4). Frage: Wird die Beheimatung und Identitätsfindung in einer Konfession zugunsten einer Ökumene als „kleinster gemeinsamer Nenner“ aufgegeben? Wie will man sich inhaltlich auf verbindliche Lehraussagen verständigen?

4. Im Positionspapier heißt es über die Veränderung in der Ausbildung: „Bei der Weiterentwicklung der Lehramtsstudiengänge sind konfessionell kooperative Module und die gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen in Fächern der anderen Konfessionen anzustreben“ (Positionspapier, S. 5) Welche Anteile im Studiengang entfallen, damit mehr Raum ist für konfessionell kooperative Module? Haben Studierende noch die Möglichkeit, sich wirklich in ihrer eigenen Konfession zu beheimaten, damit sie dies auch an Schüler/innen vermitteln können? Oder ist das gar nicht mehr gewünscht?

Statement 3

Die Einführung eines gemeinsam verantworteten Christlichen Religionsunterrichts hat die Beteiligten überrascht. Aus den Medien haben die Religionslehrerinnen und -lehrer erfahren, dass die Bistümer des Landes Niedersachsen und die Landesbischöfe der evangelischen Kirche diesen Unterricht einführen wollen. Der Landeskatholikenausschuss wurde nicht einbezogen, obwohl dies eine Ländersache ist.

Ebenso wenig wurden die Verbände im Bildungsbereich im Vorfeld der Entscheidung befragt. Die KED, der BDKJ der VkdL und andere wurden nicht damit befasst.

De facto geht es um die Abschaffung des konfessionellen Religionsunterrichts, des katholischen und des evangelischen - flächendeckend, auch an katholischen und evangelischen Schulen.

Wir haben uns als AG - so haben wir den Auftrag vom Diözesanrat verstanden – mit diesem Thema befasst, Fragen, Anmerkungen und Kritikpunkte zusammengetragen. Dies betrifft sowohl den Prozess als auch die inhaltliche Ebene.

Morgen steht der Christliche Religionsunterricht auf der Tagesordnung. Dazu kommen Frau Dr. Griese und Herr Dr. Wächter von der Hauptabteilung Bildung.

Wir haben im Vorfeld von Frau Dr. Griese die deutliche Information erhalten, dass die Entscheidung zur Einführung dieses Unterrichts bereits gefallen ist und es bei dem Gespräch nur noch um den „Feinschliff“ gehe. Sie seien Ausführende und daher sollten wir uns an den Bischof wenden.

Also: Was soll es dann, morgen ein Gespräch zu führen über etwas, was beschlossen ist.

Was soll es, dass auf der Internetseite zum Christlichen Religionsunterricht von der „Idee“ zu einem christlichen Religionsunterricht die Rede ist und von einem „Dialogprozess“, aber gar kein echter Dialog stattfinden kann, weil alles längst entschieden ist.

Die Einführung des christlichen Religionsunterrichts ist weitreichender als die Schließung der Bildungshäuser. Es trifft die Sache, wenn der Landesbischof der evangelischen Kirche Ralf Meister die Einführung einen „Strukturbruch“ nennt. Diese Einführung von dieser Dimension ohne Einbeziehung der Beteiligten ist ein Skandal. Hier findet ein Strukturbruch statt, von dem alle überfahren werden. Gleichzeitig steht auf unserer Tagesordnung das Thema „Synodalität“, also Beteiligung. Synodalität hat hier nicht stattgefunden. So kann es mit der synodalen Kirche nicht weitergehen.

Weitere Aspekte

Enttäuschung von katholischen Lehrkräften, die sich unter schwierigen Bedingungen für den konfessionellen Religionsunterricht eingesetzt haben: „Das Bistum lässt uns im Stich!“
„Warum wird nicht dort weiterhin katholischer Religionsunterricht ermöglicht, wo er mit etwas gutem Willen von den Zahlen her durchführbar wäre?“

Konfessioneller Religionsunterricht stellt eine besondere Anforderung an Schulleitungen, insbesondere die Stundenplaner dar. Es ist aber nicht Aufgabe der Kirche, hier entgegenkommend zu sein. Diesen Eindruck erweckt aber das vorgelegte Konzept.

Insbesondere in städtischen Ballungsräumen kommt ein erklecklicher Teil der Schülerinnen und Schüler aus Familien mit Migrationshintergrund. Wurden diese bei Abfassung des Konzeptes befasst? Z. B. muttersprachliche Gemeinden, Polen, Kroaten, ...

Wenn der konfessionelle Religionsunterricht auch an katholischen Schulen wegfällt, welches Alleinstellungsmerkmal haben diese dann? Soziales Lernen u. ä. findet auch an staatlichen Schulen statt. Warum brauchen wir dann noch katholische Schulen?